Pressemitteilung

Verband Queere Vielfalt

17.11.2023

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Zwei Jahre queerpolitischer Aufbruch im Koalitionsvertrag – Vorhaben droht zu scheitern

LSVD veröffentlicht offenen Brief mit 35 Organisationen

Berlin, 17. November 2023. Vor knapp zwei Jahren haben SPD, Grüne und FDP mit ihrem Koalitionsvertrag den Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie trans, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) einen queerpolitischen Aufbruch versprochen. Zudem wurde vor einem Jahr, am 18.11.2022, der Aktionsplan „Queer leben“ der Bundesregierung verabschiedet. Anlässlich dessen hat der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) mit 35 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und alle Kabinettsmitglieder [/media/doc/10570/2023_11_offener_brief_lsvd.pdf] geschickt, den wir hier in Auszügen wiedergeben:*

Nach der Öffnung der Ehe und der Einführung eines dritten positiven Geschlechtseintrags hatten wir große Hoffnung, queere Lebensweisen und Identitäten würden nun endgültig Teil gesellschaftlicher Normalität. Derzeit erleben wir jedoch einen deutlichen gesellschaftlichen Backlash: Die Akzeptanzwerte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sinken erstmals seit Jahrzehnten, "soziale" Medien werden gezielt als Resonanzräume für menschenverachtende Queerfeindlichkeit instrumentalisiert, die homo- und transfeindliche Gewalt auf der Straße nimmt merklich und messbar zu. Diese Entwicklungen machen uns Angst. Dass Ihre Regierung bei den zentralen Punkten jedoch bisher nicht liefert, was sie versprochen hat, ist für uns angesichts der grundsätzlich so großen Einigkeit der Koalitionspartner bei queerpolitischen Themen vollkommen unverständlich und mehr als besorgniserregend.

Wir fordern Sie daher auf: Sorgen Sie dafür, dass die trans- und interfeindlichen Passagen im geplanten Selbstbestimmungsgesetz gestrichen werden! Legen Sie einen Zeitplan für die Reform des Abstammungsrechts und des AGG vor! Schließen Sie die Lücken im Gesetz zu Konversionsbehandlungen und im OP-Verbot für intergeschlechtlich geborene Kinder! Und schließlich: Sorgen Sie dafür, dass Sie zusammen mit Linken und Union den Schutz von LSBTIQ* im Grundgesetz verankern! Der queerpolitische Aufbruch droht zu scheitern, wenn wir das Ruder jetzt nicht gemeinsam herumreißen.

Besonders dringend ist für uns dabei, dass Bundestag und Bundesrat den Artikel 3 des Grundgesetzes so ergänzen, dass unstreitig sichergestellt ist, dass sowohl die sexuelle Identität als auch die geschlechtliche Identität unter dem vollumfänglichen Schutz des Grundgesetzes stehen. Artikel 3 wurde seinerzeit geschrieben, um die Opfergruppen der Nazi-Verfolgung vor erneuter Diskriminierung und Gewalt zu schützen. Sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat müssen nun ein Zeichen setzen, dass auch für die im Nationalsozialismus verfolgte Gruppe der LSBTIQ*-Personen gilt: Nie wieder! Jetzt, da rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wieder stärker werden, da queerfeindliche Gewalt zunimmt und mitunter tödlich endet, gilt es, Fakten zu schaffen, damit queere Menschen auch in zehn oder zwanzig Jahren besser vor Diskriminierung geschützt sind.

Pressemitteilung

Der vor einem Jahr vom Bundeskabinett verabschiedete Aktionsplan „Queer leben“ kann einen guten Rahmen darstellen, um im Austausch zwischen Bundesregierung und Zivilgesellschaft die nun dringenden nötigen Schritte zu gehen. Werden die hierin vereinbarten Maßnahmen jedoch nicht endlich finanziell unterlegt, bei der Haushaltsvoranmeldung für 2025 berücksichtigt und werden die hierin aufgegriffenen Reformen nicht mit Nachdruck umgesetzt, droht er ein Feigenblatt zu werden. Hier werden die Kräfte der queeren Zivilgesellschaft auf wenig konstruktive Weise gebunden, während die Community in zunehmender Angst um ihre Rechte und Sicherheit lebt.

Die folgenden Organisationen haben den offenen Brief in ungekürzter Fassung [/media/doc/10570/2023_11_offener_brief_lsvd.pdf] **unterschrieben:**

- AllOut Deutschland

- Aktionsbündnis gegen Homophobie e. V.

- AktivistA n.e.V. – Verein zur Sichtbarmachung des asexuellen Spektrums

- BASJ – Recht.Queer Bundesarbeitsgemeinschaft schwule Jurist*innen

- BiNe – Bisexuelles Netzwerk e.V.

- CSD Deutschland e.V.

- Deutsche Aidshilfe

- dgti* – Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität

- djb – Ursula Matthiessen-Kreuder, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V.

- GEW BA Queer – Bundesausschuss Queer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

- ILGA Europe – International lesbian, gay, bisexual, trans and intersex Organisation

- IM.e.V. – Intergeschlechtliche Menschen e.V.

- Lambda e.V. Jugendnetzwerk

- Katholisches LSBT+ Komitee

- KoFaS – Kompetenzgruppe Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit

- LesbenRing e.V.

- LSVD – Lesben- und Schwulenverband und seine Hirschfeld-Eddy-Stiftung

- LesLeFam

- DIE LINKE Queer

- nonbinary.berlin

- HuK – Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e.V.

- Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz – Haus Sankta Melitta Iuvenis e.V.

- OutInChurch e.V. – Für eine Kirche ohne Angst

Pressemitteilung

- Projekt 100% MENSCH

- PROUT AT WORK-Foundation

- Queere Bildung Bundesverband mit SCHLAU Rheinland-Pfalz und SCHLAU NRW und Queeres Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt Qube, Greifswald

- Queeres Netzwerk Bundesverband mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und Queeres Netzwerk NRW e.V.

- QueerGrün – Bündnis 90/Die Grünen

- SPD Queer

- TAAG e.V. – Trierer Archiv für Geschlechterforschung und digitale Geschichte e.V.

- TGEU

- ver.di-Bundesarbeitskreis Regenbogen (LSBTIQ)

- VelsPol – Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Deutschland

- VLSP* – Verband für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie e. V.

- Alf Spröde, Völkinger Kreis – Fachgruppenleiter Public Sector

- ZFF – Zukunftsforum Familie

Unterschreibe jetzt die gemeinsame Petition von AllOut und LSVD: "Schluss mit der Sabotage von Queerpolitik in Deutschland!" [https://action.allout.org/de/m/65ebc4c6/] **Weiterlesen**
- Welche queerpolitischen Vorhaben stehen im Koalitionsvertrag der Ampel? [/de/ct/6303-Koalitionsvertrag-Queerpolitik] Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

- Nationaler Aktionsplan (NAP): Menschenrechte schützen, Diskriminierungen beseitigen [/de/ct/546-Nationaler-Aktionsplan-NAP-Menschenrechte-schuetzen-Diskriminierungen-beseitigen]
- Zivilgesellschaftliche Anforderungen an den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, Homophobie und Transfeindlichkeit der BundesregierungNationaler Aktionsplan (NAP): Menschenrechte schützen, Diskriminierungen beseitigen

- LSVD-Dossier: LSBTIQ* in die Verfassung - Artikel 3 im Grundgesetz ergänzen [/de/politik/gesetzgebung/artikel-3-gg-ergaenzen]

Der LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Pressemitteilung